

Wenn's um's Geld geht: Studie zur rechtlichen Umsetzung der Entgeltgleichheit

Zusammenfassung der empirischen Untersuchung zur rechtlichen Umsetzung und praktischen Durchsetzung des Entgeltgleichheitsprinzips zwischen Frauen und Männern in Deutschland von Marie Fischer:

Meine Untersuchung beschäftigt sich mit der Frage, warum keine rechtliche Durchsetzung und praktische Implementation der existierenden Gesetze zum Verbot geschlechtsbezogener Entgeltdiskriminierung in Deutschland erfolgt. Mit Hilfe verschiedener theoretischer Ansätze aus unterschiedlichen Fachrichtungen wird hinterfragt, welchen Einfluss Aspekte wie das Informationsniveau, der (politische) Wille, Interessenkonkurrenzen sowie Barrieren der Rechtsmobilisierung auf die rechtliche Durchsetzung haben.

Zu diesem Zweck habe ich neun leitfadengestützte qualitative Experteninterviews mit verschiedenen Vertreterinnen von Gewerkschaften, Vereinen, NGOs und Verbänden geführt. Mit den aus den Interviews gewonnenen Daten konnte ich die zuvor aufgestellten Thesen überprüfen und daraus weitere Ansatzpunkte für Forderungen und Lösungen ableiten.

Ganz bewusst konzentriert sich diese Untersuchung weniger auf die thematischen Ursachen der Entgeltungleichheit, sondern – ganz im Sinne einer Evaluation – auf die rechtlichen Aspekte und Hintergründe sowie die konkreten Implementationsmaßnahmen. Durch Experteninterviews konnten vier Hauptfaktoren ermittelt und bestätigt werden, die die mangelnde Durchsetzung der Gesetze zur Entgeltgleichheit erklären. Wie bei vielen Problemen scheitert auch die Durchsetzung des Entgeltgleichheitsprinzips nicht an einem einzigen Faktor. Man kann stattdessen von einer unbeabsichtigten und unglücklichen Kombination verschiedener Aspekte sprechen, die zusammengenommen zu einer sehr stabilen 'Blockade-Mauer' bei der Durchsetzung führen. Bei den vier Hauptfaktoren handelt es sich um

- die vorprogrammierte Unwirksamkeit eines Gesetzes,
- die Unwissenheit auf allen Ebenen – in Bezug auf das Problem im Allgemeinen und zur Problemlösung im Speziellen,
- den Unwillen zu handeln, welcher sich insbesondere als fehlender politischer Wille bei den verantwortlichen Akteuren äußert
- sowie das Unvermögen zu handeln, im Sinne eines unzureichenden Durchsetzungsvermögens.

Die Gründe für die mangelnde Durchsetzung des Entgeltgleichheitsprinzips in Deutschland sind demnach in einem vielschichtigen Geflecht zu finden – zwischen 'schlafendem' Recht, konkurrierenden Interessen, egoistischer Klientelpolitik, ängstlicher Handlungsstarre, asymmetrischen Machtstrukturen und politischem Desinteresse.

Vor diesem Hintergrund drängen sich mehrere Fragen auf: Wie kann man die Akteure, einschließlich der Regierung, dazu bewegen, sich ernsthaft mit dem Thema zu

befassen und an wirksamen Lösungsstrategien zu arbeiten? Wie lässt sich die 'Mauer' der Blockade abbauen? Stein für Stein oder lieber gleich mit der Abrissbirne? Sicher ist nur, dass sowohl gegenseitige Schuldzuweisungen, aber auch das grundsätzliche Ablehnen von Verantwortung nicht dazu beitragen werden, das Problem zu lösen. Dabei zeigen insbesondere die Beispiele aus anderen europäischen Ländern, dass es durchaus Möglichkeiten und Ideen zur Verbesserung, wenn vielleicht auch nicht zur sofortigen und vollständigen Lösung gibt. Für Deutschland ist möglicherweise der Koalitionsvertrag der Großen Koalition als ein erstes Zeichen für leise Hoffnung zu werten.

Bei Interesse kann die Untersuchung per Mail an marie.k.fischer@gmx.de bei der Autorin angefordert werden.